

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Thomas Ehrhorn, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Tino Chrupalla, Dr. Gottfried Curio, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Jörn König, Frank Magnitz, Jens Maier, Andreas Mrosek, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

30 Jahre Mauerfall – Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Sozialismus beziehungsweise Kommunismus in Berlin

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der weltweiten Expansion des Kommunismus im 20. Jahrhundert existierte zwischen 1949 und 1989 auf deutschem Boden die DDR – ein Unrechtsstaat.

Die DDR existierte, weil es die Sowjetunion so wollte; als Satellitenstaat wurde sie von willfährigen Kadern an der Spitze gelenkt, die alles taten, um die Vorgaben des „Großen Bruders“ umzusetzen.

Die DDR stand unter der Führung der Staatspartei SED. Sie war eine kommunistische Diktatur, da sie weder Gewaltenteilung noch rechtsstaatliche Prinzipien noch kulturellen, sozialen und politischen Pluralismus kannte. Das Recht trat immer dann in den Hintergrund, wenn es die Staatsraison vorgab. Dazu gehörte u. a. auch, das eigene Volk hinter Mauern und Stacheldraht einzusperren.

In diesem Staat haben Kommunisten versucht, totale Macht über alle Bürger, ihr Denken und ihre sozialen Beziehungen zu erlangen. Zur Menschenverachtung dieses Systems gehörten auch die Privilegien der Nomenklatura, von denen der einfache „Genosse“ nur träumen konnte. Bei inszenierten Massenaufmärschen, begleitet vom eigens für die Manipulation und ideologische Umerziehung der DDR-Bevölkerung geschaffenen Liedgut („Lied der Partei“, „Es geht um die Erde ein rotes Band“, „Mit fliegenden Fahnen“ u. v. a.), musste der „Genosse“ dieser Elite Respekt zollen.

Zu den Opfern der SED-Diktatur gehören nicht nur diejenigen, die beim Versuch, aus der DDR zu fliehen, getötet worden sind, sondern auch noch zahlreiche weitere Opfergruppen:

- die bis zu 2,7 Millionen Menschen, die aufgrund der staatlichen Zwangskollektivierung oder ihrer Flucht ihr Eigentum verloren,
- die zwischen 3,3 und 4,9 Millionen Menschen, die durch Übersiedlung, Flucht oder verhinderte Rückkehr von Reisen ihre Heimat verloren,
- die vielen Menschen, die in ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung behindert wurden aufgrund eines falschen „bürgerlichen“ Hintergrunds der Eltern,
- die Millionen Menschen, die in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland von Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit bespitzelt und verfolgt wurden,
- die vielen Menschen, die „Zersetzungsmaßnahmen“ des Ministeriums für Staatssicherheit zu erleiden hatten und dadurch gesellschaftlich isoliert wurden,
- die vielen Tausend unschuldigen Menschen, die aus politischen Gründen verurteilt und inhaftiert wurden,
- mehrere Hundert Menschen, die aufgrund des unmenschlichen Grenzregimes, beim Versuch aus der DDR zu fliehen, getötet wurden.

(Zu den genaueren Zahlen vgl. Borbe, Ansgar: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes. Erfurt 2010.)

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

anlässlich des 30. Jahrestags der Friedlichen Revolution in der DDR und des Falls der Mauer in Berlin, die das Ende der kommunistischen Diktatur in Deutschland einleiteten,

im Wissen um die verheerenden Folgen kommunistischer Herrschaft in Deutschland und der ganzen Welt,

im Bewusstsein um die Gefahren totalitären Denkens,

und in der Verantwortung, Freiheit, Recht und Demokratie zu bewahren,

sich mit der Berliner Landesregierung ins Vernehmen zu setzen, damit in Berlin, in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, an zentraler, sichtbarer und öffentlich gut zugänglicher Stelle ein Denkmal für alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland errichtet wird,

gemeinsam mit der Regierung des Landes Berlin einen offenen Wettbewerb zur Gestaltung dieses Denkmals auszuschreiben und dafür die Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft, wissenschaftliche Institutionen sowie die ostdeutschen Bundesländer als Kuratoren hinzuzubitten,

unter Federführung wissenschaftlicher Institutionen (etwa dem Forschungsverbund SED-Staat) ein Dokumentationszentrum zu konzipieren, das das Denkmal ergänzt und die Anliegen der Opferverbände berücksichtigt sowie renommierte Gedenkstätten (etwa die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einbezieht.

Berlin, den 1. November 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Es gibt keine zentrale Gedenkstätte für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland.

Zwar gibt es in Deutschland Denkmäler, die an verschiedene Opfergruppen der kommunistischen Gewaltherrschaft, also der SED-Diktatur, erinnern. Allerdings widmen sich diese Gedenkstätten vorrangig einzelnen Gruppen, bestimmten Zeitabschnitten und konkreten Orten.

In den Augen der Antragsteller böte eine zentrale Gedenkstätte denjenigen Opfern und ihren Hinterbliebenen einen würdevollen Ort des Gedenkens und der Trauer, die sich mit den derzeit, eher spezifischen, Erinnerungsorten nicht identifizieren können.

Zudem könnte eine zentrale Gedenkstätte im Herzen Berlins einen Beitrag dazu leisten, die Erinnerung an den Widerstand gegen die kommunistische Gewaltherrschaft sowie ihre Opfer, nicht nur als ostdeutsches, sondern auch als ein gesamtdeutsches Thema zu verstehen.

Ein nationales Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft wäre darüber hinaus ein öffentliches Symbol, das zugleich auch Widerstand und Zivilcourage gegen jede Form totalitärer Herrschaft überhaupt würdigt.

In den Augen der Antragsteller ist heute ein solches Denkmal umso mehr geboten. Nach ihrer Meinung ist das Gedenken daran, dass sich Menschen auch in einer vermeintlich friedensliebenden, fortschrittlichen und der Schaffung einer Welt ohne Ausbeutung verpflichteten Gesellschaft für Freiheit eingesetzt haben, ein wesentlicher Garant dafür, damit in Deutschland Freiheit, Recht und Demokratie fortbestehen können.

Es wäre die Aufgabe der Gedenkstätte, Bürger dazu einzuladen, sich mit dem totalitären kommunistischen Regime auseinanderzusetzen, das zwischen 1949 und 1989 im Osten Deutschlands geherrscht hat, sowie dessen fatale Konsequenzen auf Individuum und Gesellschaft zu reflektieren.

Und es wäre die Aufgabe des Dokumentationszentrums, die mahnende Erinnerung an das SED-Regime in eine Gesamtschau kommunistischer Herrschaftssysteme einzubetten und die ihnen inhärenten Strukturen und Mechanismen offenzulegen.

Ein Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu schaffen, würde zudem seit Langem erhobenen Forderungen aus der Gesellschaft nachkommen. So engagieren sich Opferverbände und DDR-Bürgerrechtler seit Jahren für ein Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Innerhalb der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) hat sich deshalb die Initiative Mahnmal gegründet. Sie hatte bereits am 4. November 2014 einen entsprechenden Aufruf an den damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert übergeben.

Um den Errichtungsprozess voranzutreiben, hat die UOKG darüber hinaus Studenten der Technischen Universität Darmstadt eingeladen, erste Entwürfe für ein Mahnmal einzureichen.

Knapp ein Jahr später, am 2. Oktober 2015, nahm der Deutsche Bundestag den Antrag „25 Jahre Deutsche Einheit – Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ (BT-Drucksache 18/6188) an. In diesem Antrag stellte der Deutsche Bundestag fest: „In Deutschland gibt es [...] trotz umfangreicher konzeptioneller Vorarbeit seitens der Opferverbände bislang noch kein zentrales Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Zusammen mit dem deutschlandweit begangenen Gedenktag am 17. Juni wäre dies ein wichtiger Teil einer Erinnerungskultur an die SED-Diktatur, der sich zugleich in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einordnen muss.“

Der Deutsche Bundestag forderte die Bundesregierung in diesem Antrag auf, „das Gedenkstättenkonzept des Bundes [...] weiterzuentwickeln und dabei im Besonderen eine [...] Initiative des Deutschen Bundestages für ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten“.

Die Initiative Mahnmal der UOKG e. V. begrüßte daraufhin den Vorstoß, ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus an einem zentralen Ort in Berlin auf den Weg zu bringen.

Auch Dr. Hubertus Knabe, seinerzeit Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, hob den Konsens in der Aufarbeitungslandschaft für das Mahnmal hervor und betonte, dass den Opfern eine symbolische Anteilnahme der Gesellschaft zustehe und der „epochale Charakter“ ihres Leides sichtbar werden müsse. Des Weiteren unterstrich Stephan Hilsberg, Parlamentarischer Staatssekretär a. D. und Mitglied der Initiative Mahnmal, dass

eine angemessene Aufklärung über die Anfänge, die Verbrechen und das Scheitern der kommunistischen Diktatur nur über ein mit dem Mahnmal verbundenes Dokumentationszentrum gelingen könne.

Weiterhin beschäftigte sich der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 15. Februar 2017 mit einem solchen Mahnmal. Im Rahmen eines einstündigen Fachgesprächs erörterte er damit verbundene Fragen nach Standort, Trägerschaft etc.

Allerdings hat der Bundestag den obligatorischen Beschluss, das Mahnmal zu errichten, bis heute nicht gefasst. Genauso hat die Bundesregierung keine entsprechenden Pläne verfolgt, weil sie einem Beschluss des Bundestages nicht vorgreifen wolle, wie es heißt (vgl. BT-Drucksache 19/2173).

Nunmehr liegt ein Antrag der Regierungsfractionen vor, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „dem Deutschen Bundestag ein Konzept für ein Denkmal zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland vorzulegen“ (BT-Drucksache 19/10613, S. 5).

Mit vorliegendem Antrag verleihen die Antragsteller dieser Forderung Nachdruck. Sie erinnern, dass es in anderen europäischen Hauptstädten wie Vilnius, Prag, Budapest, Sofia, Tallin und Moskau bereits Mahnmale für die Opfer des Kommunismus gibt. Sie verweisen darauf, dass vor allem das Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag einem nationalen Denkmal in Berlin als Vorbild dienen könnte.